Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 80 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Max Roll, Cigarrenhandlung
Zöllnerstrasse **DRESDEN** Ecke Striesnerstr.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten".**

Cognac
mit dem Gläschen.

Authorns Nährcacao
Petzold & Aulhorn A.-G.
DRESDEN.
Höchster Nährwerth! ••
Grösster Wohlgeschmack!
Leichteste Verdaulichkeit!

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse No. 1–3 (Hofgebäude).

Nr. 208. Spiegel: Vorgänge in Frankreich. Städtischer Haushaltplan, Aelteste Offiziere. Motorwagen, Ortsüblicher Tagelohn, „Große Wirthschaft", Naturerscheinung, Gerichtsverhandlungen | Muthmaßliche Witterung: **Wolkig, leichte Regenfälle.** | **Mittwoch, 30. Juli 1902.**

Durch ihr

täglich zweimaliges Erscheinen

in Dresden und dessen Vororten

bieten die „Dresdner Nachrichten" ihren Lesern regelmässig am schnellsten die

neuesten Nachrichten.

Für die Monate

August *und* **September**

abonniren die Leser in Dresden und dessen Vororten Blasewitz, Plauen, Löbtau bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

1 Mark 70 Pfg.

Bei den **Kaiserlichen Postanstalten** *im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu* **2 Mark,** *in Oesterreich-Ungarn zu 2 Kronen 96 Hellern angenommen.*

Für je einen Monat stellt sich der Bezugspreis in Dresden und Vororten bei der Hauptgeschäftsstelle auf 90 Pfg., bei den Kaiserl. Postanstalten im Reichsgebiete auf 1 Mk. und in Oesterreich-Ungarn auf 1 Kr. 48 Heller.

Zur Lage in Frankreich.

Zieht man aus dem bisherigen Verlaufe der massenhaften klerikalen Demonstrationen und Gegenkundgebungen, die jetzt in ganz Frankreich an der Tagesordnung sind, die Bilanz, so ergiebt sich die wohl nicht überall erwartete Thatsache, daß ernstliche Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung nirgends vorgekommen sind. Insbesondere der letzte Sonntag, dem so mancherlei Wetterzeichen vorausgingen und der für Paris schlimme Dinge in seinem Schooße zu bergen schien, hat sich als verhältnißmäßig harmlos erwiesen. Die hier und da begangenen Ausschreitungen beschränkten sich auf gewöhnliche Prügeleien und das Pariser Publikum war im Allgemeinen so wenig zu Excessen geneigt, daß es die ganze Sache vielfach sogar von der humoristischen Seite auffaßte, faule Witze riß und sich allem Anscheine nach auf neumodisch republikanische Art „königlich" amüsirte. Dieses Ergebniß ist schwerlich blos auf die umfassenden Vorsichtsmaßregeln zurückzuführen, welche die Pariser Polizei- und Militärbehörden zur Aufrechterhaltung des Landfriedens getroffen hatten. Nicht nur die Furcht vor der bewaffneten Macht hielt die Manifestanten in beiden Heerlagern von Gewaltthaten zurück, sondern wohl noch mehr wirkte als ausgleichender und mäßigender Faktor das entschiedene Bedürfniß fast aller Schichten der Bevölkerung nach Ruhe, die tiefe Abneigung der weitesten Kreise gegen jede Art von revolutionärem Straßentreiben. Paris ist eben längst nicht mehr das alte europäische Pulverfaß, angesichts dessen ehemals der ruhebedürftige Kontinent fortwährend in Angst und Sorge leben mußte, daß irgend ein unvermutheter Funke es zur Explosion bringen könnte. Wie wenig sonst auch der Autoritätssinn der Pariser entwickelt sein mag, das eine Gute hat die verflossene 30jährige republikanische Friedensperiode doch auch dem leichtlebigen Völkchen an der Seine gebracht, daß es die behaglichen Annehmlichkeiten einer äußerlich gesicherten Lebensführung schätzen gelernt hat und sich deshalb nicht mehr wie früher von der ersten besten Agitation durch aufreizende Schlagworte blenden und zu blutigen Aufständen verleiten läßt. In diesem Mangel an revolutionärer Initiative der einstmals so maßlos leidenschaftlichen Pariser Bevölkerung liegt für die Republik ein entschieden staatserhaltendes Element. Wer weiß, was Alles schon passirt wäre, wenn das Volk von Paris noch wie sonst für Barrikadenbau und Straßenkämpfe schwärmte! So aber hört es sich die Rodomontaden der Thronprätendenten, die Salbadereien der Sozialisten und schließlich auch die Klagen und Drohungen der Klerikalen mit derselben unzerstörbaren Gemüthsruhe an und — lächelt.

Ob freilich Herr Loubet zu den letzten Vorgängen auch lächeln wird? Das ist eine andere Frage, die schwerlich zu bejahen sein dürfte. Was die Lage für den Präsidenten und die gegenwärtige Regierung der dritten Republik so besonders schwierig macht, ist der nicht vorhergesehene Umstand, daß die Frauen in die Bewegung gegen die Ausführung des Vereinsgesetzes eingetreten sind und in einem Massenaufgebot sich anschicken, der staatlichen Gewalt in den Arm zu fallen. Auf der ganzen Linie sieht sich die republikanische Regierung plötzlich einer Armee von Müttern und Ordensschwestern gegenüber, die nahezu unwiderstehlich ist, weil die gewöhnlichen Mittel der Gewalt ihr gegenüber versagen. Keine Regierung der Welt, und bestände sie selbst aus den ärgsten Jakobinern, würde es wohl auf sich nehmen, gegen Frauen, die sich aus solchem Anlaß zur Abwehr eines wirklichen oder vermeintlichen Unrechts zusammengeschlossen haben, die Häscher oder gar Soldaten auszusenden, um den Widerstand zu brechen. Jeder rauhe Zugriff der staatlichen Diener gegen wehrlose Frauen würde unter den obwaltenden Umständen als unentschuldbare Brutalität im In- und Auslande empfunden und rücksichtslos verurtheilt werden. Und nun gar Blutvergießen! Man mag den Gedanken gar nicht ausdenken und es begreift sich ohne Weiteres, daß vor der Ungeheuerlichkeit einer solchen Verantwortung selbst der Radikalismus eines Ministeriums Combes zaghaft zurückweicht. Was soll beispielsweise die Regierung beginnen, wenn, wie es in der Hochburg des Klerikalismus, der Bretagne, geschieht, die Schulschwestern ihre Schulhäuser in Festungen verwandeln und kategorisch erklären: „Wir sind entschlossen, uns bis auf den letzten Blutstropfen zu vertheidigen! Wir weichen nicht von der Stelle!"? Da hört eben einfach die ganze Staatsweisheit auf und Herr Combes steht vor den verschlossenen Pforten solcher von radikalen weiblichen Insassen bevölkerten Ordenshäuser mit nicht gerade geistreicher Miene.

Die nächste Folge des weitaus zu überstürzten und zu schroffen Vorgehens des Ministeriums Combes ist gewesen, daß der Kabinetschef in der Ausführung seines Erlasses, der die sofortige Schließung sämmtlicher noch nicht genehmigter Ordensschulen verfügt, innehalten und gewisse Einschränkungen und Erleichterungen zugestehen mußte. Dieses von der Macht der Frauenbewegung Herrn Combes aufgezwungene Entgegenkommen gegen die klerikale Partei wird die Regierung schwerlich verwinden. Es muß nothwendig dazu führen, das Ansehen des jetzigen Kabinets im Lande auf das Aeußerste zu schwächen und ihm ein längeres Dasein unmöglich zu machen. Wie sehr sich Herr Combes selbst bei seinen politischen Freunden durch seine übereilten Maßnahmen gegen die Kongregationen in die Nesseln gesetzt hat, beweist die unverblümte Kritik, die an seinem Vorgehen auch in gut republikanischen Blättern geübt wird. In der That muß Jeder, der die Dinge ohne Vorurtheil betrachtet, zu der Ueberzeugung gelangen, daß Herr Combes sich ganz unverantwortlich verrannt hat. Handelt es sich doch bei seinem drakonischen Verfahren um nicht weniger als 2500 kongregationistische Schulen, die 150 000 Kinder unterrichten; alle diese Kinder sind nun unmittelbar vor den Jahresprüfungen einfach auf die Straße gesetzt worden. Daß das eine zugleich unbillige und politisch unkluge Maßregel ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Sie erscheint um so verfehlter als Herr Combes nicht einmal vor einer harten Nothwendigkeit stand, bei der es biegen oder brechen hieß. Die Nichtanmeldung der 2500 Schulen zur gesetzlichen Ermächtigung hat nämlich, wie mehrfach versichert wird, ihre Ursache nicht sowohl in Widersetzlichkeit, als vielmehr in einem Mißverständniß. Die dort angestellten Nonnen und Mönche hielten sich auf Grund einer besonderen Bestimmung des Gesetzes, kraft deren solche Unterrichtsanstalten, die keinem Orden als Eigenthum angehören, der staatlichen Ermächtigung nicht unterliegen, für nicht verpflichtet zur Anmeldung und versäumten daher den äußersten Termin bis zur Verabschiedung des Parlaments. Da hiernach kein böser Wille vorlag, so hätte sich für die Regierung der Ausweg geboten, den Betheiligten zunächst eine einfache Warnung zukommen zu lassen und ihnen aufzugeben, die Ermächtigung sofort bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments im Herbst nachzusuchen. Inzwischen hätte die Regierung dann vollauf Zeit gehabt, sich ihre Haltung für den Fall der Nichtbefolgung ihres Befehls sorgfältig zu überlegen und vor allen Dingen auf einen entsprechenden Ersatz für die zu schließenden Schulen bedacht zu sein. Das wäre staatsmännisch und diplomatisch gewesen, und die Regierung hätte bei einem so gearteten Vorgehen zuverlässig auf die moralische Unterstützung des ganzen antiklerikal gesinnten Theiles der öffentlichen Meinung rechnen dürfen. Statt dessen hat sie sich nun durch den blinden Eifer des Herrn Combes um ihre gesammte Reputation gebracht und muß einen kläglichen Rückzug antreten.

Herrn Loubet soll es bei alledem gar nicht freudig um's Herz sein, was wohl zu glauben ist. Das rücksichtslose Verhalten des Ministerpräsidenten Combes paßt zu der allgemeinen Beruhigungs- und Versöhnungspolitik, die der Präsident nach seiner Petersburger Reise in verschiedenen Reden als sein Programm aufgestellt und warm befürwortet hatte, wie die Faust auf's Auge, und ein persönliches Vertrauensverhältniß zwischen dem Präsidenten und Herrn Combes, wie es zu einer gedeihlichen Führung der Geschäfte unerläßlich ist, erscheint nach einer solchen Brüskirung Herrn Loubet's durch seinen Kabinetschef undenkbar. Auch soll der Präsident sich darüber bedrückt fühlen, daß das Kabinet dem von der radikalen Linken ausgeübten Drucke nachgegeben und neben den katholischen Orden nunmehr auch die Genossenschaft der protestantischen Diakonissinnen in Acht und Bann gethan hat, obwohl doch diese, wie allbekannt, keinen Ordensregeln unterworfen und keinem Oberen gegenüber zu blindem Gehorsam verpflichtet sind, mit der Politik nicht das Mindeste zu thun haben und nur den Werken der christlichen Nächstenliebe und Barmherzigkeit sich widmen. Da sie aber ihre christlich-kirchliche Gesinnung furchtlos bekennen, so sind sie dem herrschenden Radikalismus ebenfalls verhaßt und deshalb mit den katholischen Orden auf eine Stufe gestellt worden. Daß den gütigen, sanften Loubet mit dem ehrlichen republikanischen Herzen ein derartiges radikales Parteitreiben anwidert und ihm sein Amt verleidet, ist begreiflich. Immerhin wird man aber zu dem Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl des Präsidenten Loubet das Vertrauen haben dürfen, daß er nicht, wie man bereits munkelt, dem Beispiele Casimir Périer's folgt und im Unmuthe die ihm zu schwer gewordene Bürde hinwirft, sondern daß er, wie es eines Mannes an so hoher Stelle allein würdig ist, auch in schwieriger Lage muthig ausharrt, damit nicht durch seinen Rücktritt dem Klerikalismus ein Triumph bereitet wird, wie er machtvoller überhaupt nicht gedacht werden kann.

Steckt Herr Loubet voller Sorgen, so ist Herr Waldeck-Rousseau um so vergnügter. Die jetzige kritische Entwickelung in der Ordensfrage läßt erst so recht erkennen, was für ein geriebener diplomatischer Schlaufuchs Herr Waldeck war, als er nach seinem Wahlsiege im verflossenen Frühjahr der praktischen Politik zunächst Valet sagte und sich auf Reisen begab. Sein Nachfolger, Herr Combes, mag nun gefälligst die Suppe ausessen, die Herr Waldeck ihm eingebrockt hat und die ihm selbst zu heiß gewesen ist. Den unbekömmlichen kompromittirenden Theil der politischen Arbeit läßt Herr Waldeck Andere für sich thun. Warum? Weil er seine eigene Person unversehrt für das höchste Amt erhalten will, das die Republik zu vergeben hat: voilà tout!

Friedrich & Glöckner's Fussbodenlackfarbe „Ideal" ges. gesch., pro Kg. M. 2.50 incl. in unseren Verkaufsstellen. Dresden-A., F. Wollmann, Dresden-N.

Neueste Drahtmeldungen vom 29. Juli.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat heute auf der Fahrt nach Emden den Kaiser Wilhelm-Kanal passirt. Morgen Vormittag begiebt sich der Kaiser nach dem Emdener Außenhafen und läßt sich später die Gerettete vom Torpedoboot „S 42" vorstellen. — Auf der Fahrt des Kaisers nach Rußland wird die „Hohenzollern" von dem Kreuzer „Prinz Heinrich" begleitet sein. Der Kreuzer, der am 4. August abgangsfähig sein soll, hat für diese Reise bessere Ausrüstung für elektrische Illumination an Bord genommen. — Die Zolltarifkommission des Reichstages setzte heute die Berathung der Eisenzölle fort und nahm die Sätze der Vorlage an: für Roheisen 1 Mk., Rohschlupven, Rohschienen, Bleche, Platinen und Kiesselstahl in Blöcken 1,50 Mk., sowie Eisenabfälle 1 Mk. Von den Freisinnigen waren Herabsetzungen beantragt, von den Sozialdemokraten Zollfreiheit. Abg. Bäumer schlug eine neue Position vor: Blöcke, Platinen, Knüppel von Stahl im Werthe von 25 Mark 4 Mark. Alle diese Anträge wurden abgelehnt; ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, wonach der Bundesrath verpflichtet sein soll, den Zollsatz außer Kraft zu setzen, sobald von Firmen, die dem Eisenkartell angehören, Roheisen und nicht gießbare Eisen-Legierungen für das Ausland unter dem für das Inland festgelegten Preis verkauft werden. Aus der Debatte ist mitzutheilen, daß Handelsminister Möller die Zollsätze der Vorlage vertrat. Er wies darauf hin, daß, als in den siebziger Jahren die Eisenzölle aufgehoben wurden, die Industrie an den Rand des Grabes gebracht worden sei. Die Arbeitslöhne seien bis auf die Hälfte gefallen. Nach Wiederherstellung der Eisenzölle sei die Industrie wieder zur Blüthe gelangt, auch die Kleineisenindustrie, sowie die Waffen- und Maschinen-Industrie. Abg. Graf Kanitz (kons.) erklärte vorläufig für die Sätze der Vorlage stimmen zu wollen; seine definitive Entscheidung müsse er sich bis zur zweiten Lesung vorbehalten. Abg. Dr. Hahn (Bund der Landw.) machte seine Zustimmung zu den Eisenzöllen von der Erhöhung der Getreidezölle abhängig. Von verschiedenen Rednern wurde das Syndikatswesen erörtert. Staatssekretär Graf Posadowsky warnte die Syndikate davor, ihre Macht zu sehr fühlen zu lassen. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Reichstagsgebäude sind heute zwei Hermen, von Bismarck und Moltke, jene im Vorsaal zum Bundesrathszimmer, diese im Vorsaal zum Präsidialzimmer aufgestellt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im Wahlbezirke Westsüdschleswig wurde Amtsvorsteher Paulsen in Erfde (freikons.) einstimmig gewählt. — Zu dem Falle des Geheimen Oberfinanzraths und Provinzialsteuerdirektors Löhning in Posen, der nach einer von ihm selbst gegebenen Darstellung aus dem Staatsdienste ausscheiden mußte, weil er sich mit der Tochter eines Subalternbeamten verlobt hat, schreibt die „National-Zeitung": „Wäre diese Darstellung auch nur in dem Hauptpunkte begründet, so müßte das Verhalten der amtlichen Kreise, insbesondere des Finanzministers, auf das Nachdrücklichste verurtheilt werden. In einer Zeit, die so sozial erregt ist wie die unsrige, würde die Aufstellung derartiger Grundsätze eine unermeßliche Verstärkung der radikalsten Bestrebungen bedeuten. Welche schäd-